Nr. 16 1. Ausgabe Sonntag, 18. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher 15 5 21, 15 5 36, 15 5 97, 17 1 66. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1980. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 82 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 1.—; Reklamezeile, 82 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.40, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffer- oder Nachweis 50 u. H. Zuschlag. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr. Briefgebühr 30 Pf.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Bestellung in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Bestellung im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Clemenceaus Niederlage

Die Kandidatur Clemenceaus für die Präsidentschaft der Republik hat ein schnelles Ende gefunden. Bei der Vollsitzung der Senatoren und Deputierten ergab die Abstimmung für Deschanel 408 Stimmen, für Clemenceau 389, Poincaré 16, Jonnart 6, Leon Bourgeois 5 und Foch 1. Clemenceau zog daraufhin seine Kandidatur für den Präsidentenposten zurück.

Der Präsident für die nächsten sieben Jahre ist also Paul Deschanel. Ein Name, aber kein Programm. Daß er Clemenceau schlug, ist der größte Erfolg seines Lebens. Dabei war Deschanel niemals ausgesprochener Parteiführer, sondern ein Mann, der seine Laufbahn wesentlich auf äußere Vorzüge gründete. Immer elegant, mit außerordentlichen Lebensformen, eignete er sich zum Präsident der französischen Kammer, in der doch immer viel Leidenschaften, aber wenig Persönlichkeiten miteinander rangen. Allein Deschanel ist kein unbeschriebenes Blatt. Nicht nur nationalistische Redensarten, sondern auch nationalistische Gesten waren ihm geläufig. Während des Kriegs erzielte er dadurch eine besondere Berühmtheit, daß er in einer Kammersitzung behauptete, Deutschland habe im Laufe der letzten Jahrhunderte Frankreich 33mal angegriffen.

Bei so mäßigen Geschichtskenntnissen und angesichts der überaus großen Vorsicht, sich parteipolitisch nach keiner Seite festzustellen, war er an sich ein ausgezeichneter Bewerber für die Präsidentenschaft. Es schien ja eine Zeit so, als ob Clemenceau das Rennen mühelos machen werde. Die Wahl zur Kammer hatte ihm eine sichere und zuverlässige Mehrheit gebracht, aber das zum Teil neugebildeten Senats war er doch nicht sicher. Der alte Tiger gehörte ja selbst dem Senat an, als Außenseiter und Bullenbeißer, als Nörgler und Wühler. Die Senatoren kannten ihn durch und durch, und deshalb trugen sie gar kein Verlangen, Clemenceau mit der höchsten republikanischen Würde zu bekleiden. Kein Zweifel, daß es der Tiger als eine besondere Niederlage empfindet und empfinden muß, so nahe vor dem Ziel zusammenzubrechen.

Seine Freunde hatten es schon so eingerichtet, daß sich Georg Clemenceau auf Wunsch des französischen Präsidenten selbst zum Präsidenten ernennen sollte. Die Wahl durch die Nationalversammlung wäre dann nur eine Formsache gewesen. Allein die Gegner Clemenceaus gaben den Kampf nicht auf. Der Führer in diesem Kampf war Briand, der den Tiger werfen mußte. Briand war Sieger geblieben. Sein Bewerber war Deschanel, für den die Unterstützung in Kammer und Senat gewiß nicht so leicht gefunden werden konnte. Nur 389 Stimmen haben sich im ersten Wahlgang auf Clemenceau vereinigt gegen 408, die auf Paul Deschanel entfielen. Unverzüglich trat Clemenceau von der weiteren Bewerbung zurück, obschon deren Erfolg nicht ganz ausgeschlossen gewesen wäre, da ja noch 28 Stimmen zersplitterten. Allein der Tiger verlangte eine Vertrauenskundgebung. Als diese versagt blieb, entschloß er sich zum Rückzug, der wohl auch der Austritt aus der Politik überhaupt ist.

Volle sieben Jahre versuchte Clemenceau, die Wahl Poincarés zu hintertreiben. Wenn auch das mißlang, so erlebte der Tiger doch den Triumph, daß ihm Poincaré in der Stunde der Gefahr die Führung der politischen Geschäfte Frankreichs übertragen mußte. Es ist Clemenceaus Verdienst, daß er diese Aufgabe zunächst durch rücksichtslosen Kampf gegen die Friedensfreunde löste. Clemenceau erzwang sich die nationale Energie, die angesichts der ungeheuren Erschöpfung das Volk allein über Wasser halten konnte. Darin hat er sich nicht getäuscht, weil er erfahren und klug war. Am 16. Januar hat ihm die Nationalversammlung mit dürren Worten nun zu verstehen gegeben, daß er gehen möge. Darin spricht sich unzweifelhaft persönliche und politische Mißstimmung aus. Frankreich leidet unter dem Siege nicht weniger als Deutschland unter der Niederlage. Denn es ist noch ein weiter Weg zu der Erkenntnis, daß Frankreich von seinen Schultern abwerfen muß, was es nicht zu tragen vermag. Präsident Deschanel heißt in Zukunft wohl der Präsident, aber der Mann, der das Staatsruder führt, dürfte zunächst Aristide Briand sein. Vergessen wir nicht, daß die Wahl eine innere französische Angelegenheit ist, daß nicht außenpolitische Dinge bei ihrer Entscheidung mitwirkten. Briand ist ein Mann der Anpassung, und seine Wandlung wird in Zukunft vielleicht noch größer sein, als sie in der Vergangenheit war.

Eine Protestnote gegen die Rheinland-Verordnung

WTB. Berlin, 16. Januar. Der Reichsminister des Auswärtigen hat den Freiherrn v. Lersner in Paris beauftragt, den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte eine Note über die Verordnungsnote der interalliierten Rheinlandkommission zu überreichen. In der Note wird u. a. darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens die Besetzung des linksrheinischen Gebietes nur den Zweck hat, die Ausführung des Friedensvertrages durch Deutschland sicherzustellen. Die Verordnung der Rheinlandkommission verschob diese klare Rechtslage vollkommen, indem diese Befugnisse beanspruchte, die ihr im Gegensatz zu den vertraglichen Vereinbarungen wesentliche Teile der Staatshoheit übertrügen. So setzt das Rheinlandabkommen fest, daß die Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten nach der deutschen Gesetzgebung und unter Leitung der deutschen Zentralregierung fortbestehen solle, während nach den Verordnungsentwürfen der Kommission die Geltung deutscher Gesetze ausnahmslos von der vorherigen Prüfung durch die Rheinlandkommission abhängig gemacht wird. Nirgends sehe das Rheinlandabkommen ein Recht der Rheinlandkommission vor, Anweisungen irgendwelcher Art zu verfügen, noch auch Einschränkungen des Post-, Telegraphen- oder Telephonverkehrs, der Presse- und Versammlungsfreiheit und des Rechts des Arbeiters, durch Streik seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Unvereinbar mit den im Rheinlandabkommen gegebenen Zusicherungen, daß die Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden verbleiben solle, sei die beabsichtigte Stellung von Kreisabgeordneten der Rheinlandkommission mit weitgehenden Verwaltungs- und Aufsichtsbefugnissen. Entgegen dem Rheinlandabkommen, das alle besetzten rheinischen Gebiete gleichmäßig behandle, würden ferner durch die Rheinlandkommission Sonderbestimmungen über die Verwaltung des Brückenkopfes Kehl getroffen. Die deutsche Regierung erhebt feierlichst Verwahrung gegen die geplante Verordnung und bittet um Berücksichtigung der deutscherseits geltend gemachten Gesichtspunkte. Weiter schlägt sie zu diesem Zwecke mündliche Verhandlungen zwischen Bevollmächtigten der beteiligten Regierungen vor. Der Note ist eine eingehende Denkschrift über die Verordnungsentwürfe der interalliierten Rheinlandkommission beigefügt.

Die Besetzung Oberschlesiens

☞ Warschau, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Im ganzen Dombrowaer Revier sind 1½ Divisionen Haller-Truppen, größtenteils Posener und entlassene oberschlesische Kriegsgefangene, konzentriert. Der Stab besteht ebenso wie das Kommando aus französischen Offizieren.

☞ Warschau, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Polnische Blätter berichten, daß der Betrag der polnischen Regierung, Korfanty, in Sachen der Volksabstimmung für Oberschlesien nach Paris gereist ist, um an den Besprechungen mit den Ententevertretern teilzunehmen.

Die Verwaltung Oberschlesiens

Zu den Entente-Maßnahmen für Oberschlesien wird vom Wolffschen Telegraphenbureau gemeldet: Wenn auch die Entente-Kommissionen nach dem Friedensvertrag sehr weitgehende Rechte in bezug auf die Verwaltung der Abstimmungsgebiete besitzen, so haben doch die Pariser Verhandlungen ergeben, daß diese Kommissionen gewillt sind, die bisherigen Verhältnisse in möglichst weitem Umfange aufrechtzuerhalten. Hierzu gehört auch die Belassung der Beamten auf ihren bisherigen Posten. Lediglich die Abberufung der Regierungspräsidenten — und selbst diese erst nach einer Uebergangszeit — ist in Aussicht genommen. Was die Frage der Gerichtsbarkeit betrifft, so werden jedenfalls die Gerichte erster Instanz wie bisher weiter bestehen. Was die außerhalb der Abstimmungsgebiete gelegenen Gerichte höherer Instanz betrifft, so steht die Regelung dieser Angelegenheit noch nicht endgültig fest. Die Frage fremder Standgerichte erledigt sich schon mit Rücksicht auf die deutsche Gesetzgebung, die in den Abstimmungsgebieten nach dem Wortlaut des Friedensvertrages ohne weiteres erhalten bleibt.

In Nordschleswig

Das Reglement für die Abstimmungen in den Zonen Nordschleswigs wird von den Blättern des Abstimmungsgebietes in deutscher und dänischer Sprache veröffentlicht. Demnach findet die Abstimmung in der ersten Zone am 10. Februar statt. Für die zweite Zone wird der Termin erst später bekanntgegeben werden. — Die internationale Kommission in Kopenhagen gibt bekannt, daß infolge eines Abkommens zwischen dem Obersten Rate in Paris und der deutschen Delegation die Räumungsfrist Nordschleswigs um acht Tage verlängert wurde. Infolgedessen trifft die internationale Kommission erst am 26. in Flensburg ein.

Die Auslieferung

Genf, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die Auslieferungsliste an Deutschland enthält 1200 Namen. Es werden zunächst diejenigen Deutschen zur Auslieferung angefordert, deren Schuldüberführung für die weiteren Auslieferungen maßgebend ist.

Die Strafverfolgung gegen die deutschen Heerführer

* Karlsruhe, 17. Januar. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat die Ausdehnung der Strafverfolgung der feindlichen Heerführer wegen Verbrechen im Kriege auch auf die verübten völkerrechtswidrigen Handlungen beschlossen.

Eine Verteidigungsschrift Wilhelms II.?

Genf, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Pariser „Temps" meldet aus Amsterdam: Offiziell wird versichert, daß noch keine endgültige Stellungnahme der niederländischen Regierung in der Frage der Auslieferung Wilhelms II. erfolgt sei. Das niederländische Kabinett hat in der Auslieferungsfrage überhaupt noch keine Entschlüsse gefaßt. Der Kaiser bereitet ein persönliches Memorandum an die Alliierten vor. Er wird sich freiwillig nicht zur Verantwortung stellen.

Die diplomatischen Vertreter Deutschlands

Zu deutschen Geschäftsträgern sind, wie das Wolffsche Telegraphenbureau meldet, folgende Herren ernannt worden: London: Senator Sthamer-Hamburg; Paris: Reichsminister a. D. Mayer-Kaufbeuren; Brüssel: Reichsminister a. D. Landsberg; Madrid: Gesandter Dr. Rosen; Wien: Gesandter v. Rosenberg; Tokio: Staatssekretär a. D. Dr. Solf; Rom: Freiherr v. Lucius; Prag: Professor Sänger; Haag: Oberst Renner. In Stockholm wird der Gesandte v. Lucius durch den Gesandten Nadolny ersetzt. Der Gesandte Adolph Müller verbleibt auf seinem Posten in Bern.

Kilmansrock in Berlin

Der neuernannte großbritannische Geschäftsträger Kilmansrock hat am Freitag dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Ohne Amerika

Die „Nieuwe Courant" aus Washington meldet, teilt das amerikanische Staatsdepartement mit, daß die diplomatischen Beziehungen nicht wieder aufgenommen werden, bevor der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland unterzeichnet ist.

Behinderung unsrer Auslandspolitik

+ Berlin, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Von italienischer und französischer Seite soll gegen die Erwerbung größerer Ländereien in Argentinien durch die deutsche Regierung bei der argentinischen Regierung Einspruch erhoben worden sein. Da die Verbindung Deutschlands mit Argentinien immer noch außerordentlich schwierig ist, läßt sich die Richtigkeit dieser Meldung nicht nachprüfen. Doch entbehrt sie nicht der Wahrscheinlichkeit. In hiesigen Kreisen bemerkt man, daß der Entente freistehe, wegen des von Deutschland beabsichtigten Länderkaufes Vorstellungen bei der argentinischen Regierung zu erheben. Es fragt sich aber nun, ob dieser Schritt der Entente gegen das deutsche Vorhaben, das zur Erleichterung der deutschen Lebensmittelversorgung dienen soll, bei der argentinischen Regierung irgend welche Folgen haben wird.

Wilsons Aufruf zum Völkerbund

* Haag, 17. Januar. Der „Temps" weiß über die Proklamierung Wilsons, mit der er den Völkerbund zum 16. Januar nach Paris einberufen hat, mitzuteilen, daß die erste Zusammenkunft des Völkerbundrates den Beginn einer neuen Aera in der internationalen Zusammenarbeit bedeuten soll und der erste Schritt zum Ideal der Verständigung der Völker sei. Diese, fährt Wilson fort, soll aus dem Völkerbund eine wirkliche Kraft machen und hat die Aufgabe, alle Völker in ihrem Verlangen nach Frieden, Fortschritt und Glück zu unterstützen.

Die erste Sitzung des Völkerbundrates wurde am 16. Januar nachmittags im Ministerium des Aeußern abgehalten. Von bekannten Persönlichkeiten waren u. a. anwesend Lord Curzon, Venizelos, Hymans, Drummond, der belgische Botschafter, die Gesandten von Schweden, Norwegen, Dänemark, Griechenland, der Schweiz, der polnische Außenminister, der tschecho-slowakische Geschäftsträger und die chinesischen und kanadischen Delegierten. Auf den Vorschlag von Venizelos wurde Bourgeois zum Präsidenten gewählt. Nach seiner Eröffnungsrede forderte Bourgeois den Rat auf, drei Mitglieder der Kommission zu ernennen, die mit der Festsetzung der Grenzen des Saarbeckens betraut wird. Das vierte und fünfte Mitglied dieser Kommission wird durch Deutschland ernannt. Der Rat beschloß, die nächste Sitzung in London abzuhalten.

Amerikanische Hilfe für Polen

Im Verlaufe der Diskussion im Haushaltungsausschuß des Repräsentantenhauses in Washington über den Vorschlag zur Gewährung eines Vorschusses von 150 Millionen Dollar an Oesterreich, Polen und Armenien schlug der Kriegssekretär Baker vor, daß die überschüssigen amerikanischen Heeresvorräte in Europa Polen geliefert werden, um es in die Lage zu setzen, einen Vormarsch der Bolschewisten nach Westen zurückzuschlagen. Das Mitglied der amerikanischen Friedensabordnung General Bliß erklärte, ein Wiederaufleben des Krieges in Europa sei nicht ausgeschlossen, wenn Polen unfähig sei, den bolschewistischen Heeren Widerstand zu leisten.

☞ Warschau, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen der polnischen Presse hat die aus Washington zurückgekehrte Delegation vom Arbeiterkongreß folgende Geldspenden amerikanischer Polen mitgebracht: Für das Hauptfürsorgeamt 2½ Millionen Mark, zur Unterstützung des polnischen Handels 1¾ Millionen Mark und für die polnische Jugend 1½ Millionen Mark.

Das tschechische Heer

Wie das Prager Blatt „Demokratie" meldet, sieht das neue tschechische Wehrgesetz ein Kontingent von 150 000 Mann vor und führt die allgemeine zweijährige Wehrpflicht ohne Einjährigenbegünstigung ein. Am 1. Februar sollen die vier jüngsten Altersjahrgänge gemustert werden.

Der „Kristallisationspunkt" Mitteleuropas

Das Tschecho-Slowakische Pressebureau meldet: Die außenpolitische Revue, die von der Abteilung für politische und wirtschaftliche Berichterstattung beim Ministerium für auswärtige Angelegenheiten herausgegeben wird, sagt in Besprechung der Reise Dr. Renners: Die tschecho-slowakische Republik ist unbestreitbar zum Kristallisationspunkt des neuen politischen Systems Mitteleuropas geworden. Prag wird zu einem wichtigen Zentrum werden, in dem sich noch oft internationale Verhandlungen von wichtigem Charakter wiederholen werden. Der Weg Dr. Renners nach Prag bedeutet, daß sich die tschecho-slowakische Republik mit Rücksicht auf ihre nächsten Nachbarn in der vorteilhaftesten Lage in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung befindet. Die Prager Verhandlungen haben eine unbestreitbar internationale Bedeutung. Erwägen wir, daß die bisherigen Abmachungen nichts anders sind als das Beharren auf der Grundlage des Friedens von St-Germain, wobei beide Teile jedes Bundesgebilde, jedes politische Bündnis überhaupt ablehnen, so haben wir ein in politischer und diplomatischer Hinsicht genau skizziertes Bild der Grundsätze unserer gesamten Zukunftspolitik. Die Reise des Staatskanzlers Renner ist der erste Schritt in der Gesamtaktion zur Konsolidierung unserer Republik mit Rücksicht auf das Ausland. Wir haben auch noch andre Nachbarn, mit denen wir in kurzem zu konkreten Verhandlungen werden schreiten müssen.

Trotzkijs Zukunftspläne

Rotterdam, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden indirekt aus Moskau: Im Sowjet gab Trotzkij bekannt, daß die Bolschewistenarmee jetzt eine Million Mann zähle und daß für das Frühjahr die allgemeine Offensive der Roten Armee an allen Fronten anbefohlen sei. Das Jahr 1920 sei das Jahr der Weltrevolution. (!)

Unsre direkten Steuern

Vom Staatsminister a. D. Bernhard Dernburg

Durch die jetzt veröffentlichten Entwürfe für eine Korporationssteuer, eine Steuer vom verbrauchten und vom nichtverbrauchten Einkommen, in der Volkssprache, einer Vermögenszuwachssteuer und einer Luxusausgabensteuer, findet das Erzbergersche Steuergebäude vom Besitz und Einkommen seine Krönung. Oder, Verzeihung, nicht das Erzbergersche, denn alle die eingebrachten Steuern lagen ja bereits in den Schubladen des Finanzministeriums, wo vielleicht die eine und die andre, z. B. die Kapitalertragssteuer und die Luxusverbrauchssteuer, besser geblieben wären. Der Herr Finanzminister hat den Entwürfen eigentlich nur die nötige — politisch nötige — Reizsche gegeben und ihnen die letzten Lichter aufgesetzt. Sein Verdienst bleibt — man mag mit den Einzelmaßnahmen noch so wenig einverstanden sein und die Torheit z. B. des Reichsnotopfers im Interesse unsrer Wirtschaft noch so wenig billigen —, daß er sie mit kühnem Ansturm eingebracht und in wesentlichen Teilen zur Annahme gebracht hat. Freilich hapert es mit der Ausführung einigermaßen. Wer zuviel ergreift, hält schlecht fest. Aber da wir das Geld auf das dringlichste brauchen und die ebenso nötige indirekte Besteuerung sonst schlechterdings nicht durchführen können, so ist es nur billig, die Leistung anzuerkennen.

Die Maßnahmen lassen sich in drei Gruppen einteilen. Einmal die steuerrechtlichen und steuertechnischen Vorlagen: nämlich die Reichsabgabenordnung und das Landessteuergesetz. Dann die einmaligen, die Kriegssteuergesetzgebung abschließender Maßnahmen als die Steuer auf das Mehreinkommen im Kriege, auf den Vermögenszuwachs im Kriege und das Reichsnotopfer; schließlich die laufenden Abgaben vom Besitz und vom Einkommen. Die Besitzsteuern sind zunächst die in Nachlässer- und Erbanfallsteuer zerfallenden Erbschaftssteuern, die Steuer vom Vermögenszuwachs und vom Luxusverbrauch und — in der Mitte zwischen Besitz und Einkommensteuer — stehende Kapitalertragssteuer. Die Einkommensteuern sind die Einkommensteuer der natürlichen Personen und der juristischen Personen einschließlich der toten Hand.

Das Charakteristische der Reform ist die starke — manchmal überstarke, d. h. wirtschaftsgefährliche — Betonung des sozialen Gedankens, des gewollten, dauernden Abbaues der großen Vermögen ohne Rücksicht auf ihre Funktionen in einer kapitalistischen Wirtschaft, die durch eine gemeinwirtschaftliche zu ersetzen man doch weder Möglichkeit noch Rat findet. Die scharfe Heranziehung von Besitz und Einkommen in einer stark ansteigenden Staffel und die Schonung nicht nur der kleinen Einkommen, sondern auch der sozial schwächeren Schultern, wie der Alten und Erwerbslosen, der Kinderreichen, der Kriegsbeschädigten und dergleichen. Daß dabei gewissen populären Forderungen zum Schaden des Ertrages und der Steuermoral von der Mehrheit der Nationalversammlung erheblich nachgegeben ist, darf nicht verschwiegen werden.

Mit dieser Reform im Verein mit indirekten Steuern auf den Verbrauch ist — wie der Finanzminister sich ausdrückte — nur der erste Abschnitt des Programmes erledigt. „Unabgedaut" sind die Einnahmen aus der Sozialisierung zum Beispiel der Elektrizitätswirtschaft, aus reichseigenen Betrieben, wie Eisenbahnen und Wasserstraßen, und aus Monopolen, von denen bisher nur das Branntweinmonopol besteht, ohne freilich bisher Früchte getragen zu haben. Mit den Einnahmen aus diesen Quellen steht es allerdings verkünftig — ich fürchte auf Jahre hinaus — nicht zum besten aus, im Gegenteil, sie sind Früchte von zur Zeit noch sehr stark fressenden Betrieben. Es ist zu bemerken, daß bisher nur die Privatwirtschaft steuerlich irgend etwas abwirft; die Gemeinwirtschaft ist bisher nur eine schwere Last mit steigender Defizitwirtschaft.

Das gesamte jetzt vorgelegte „Steuerbukett" soll 25 Milliarden Mark bringen, d. h. etwa das Fünffache der Gesamtlasten in Reich, Staaten und Gemeinden und — auf eine etwas künstliche Art — wird es als aus drei Vierteln direkten und ein Viertel indirekten Steuern bestehend berechnet. Diese 25 Milliarden sollen hinreichen, die Ausgaben von Reich und Länder, einschließlich der Kommunalverbände, zu erfüllen, wobei auf diese letzte Gruppe (Länder und Selbstverwaltungskörper) 6¾ Milliarden, etwa das Dreifache des Vorkriegsaufkommens, entfallen.

Nun etwas über die Einzelmaßnahmen: Die Steuertechnik — insbesondere Deklaration und Erhebung — ließ in manchen Landesteilen, besonders im ländlichen Preußen, stark zu wünschen übrig, die Steuermoral ist zudem auf einem eigentlich nicht mehr rechtzudenkenden Tiefstand angekommen. Dem soll die Abgabenordnung abhelfen, die die Finanzverwaltung des Reiches vereinheitlicht, ein materielles Steuerrecht aufstellt und die weitestgehenden — peinlich weitgehenden — Befugnisse den Behörden gibt, die Steuern „restlos" zu erfassen. Wenn wie bei Einkommensteuer bis zu 60 Prozent, bei Erbschaftssteuer bis 80 Prozent des Steuergegenstandes in Anspruch genommen werden muß, so können selbständige Veranlagungen und Zuschläge von verschiedenen Steuersouveränitäten nicht mehr in Frage kommen. Man zündet sonst die Kerze an beiden Enden an, ohne daß sie genug Licht gibt. Beseitigt also die Abgabenordnung die Steuersouveränität der Länder und Gemeinden in technischer Beziehung, d. h. in bezug auf Veranlagung und Erhebung, so schränkt sie das Landessteuergesetz bis auf unwesentliche Reste (Ertrags- und Luftbarkeitssteuer) materiell ein.

Die Kriegssteuern ziehen den größten Teil des Mehreinkommens und des Vermögenszuwachses ein. Die letzte Steuer geht sogar so weit, alles Vermögen, das im Kriege, d. h. in fünf Jahren über 172 000 M. erworben ist, restlos zu konfiszieren. Diese Maßnahme mag theoretisch zu rechtfertigen sein, praktisch ist sie die Hauptursache, für die Steuerflucht ins Ausland und den Steuerstreik, das um so mehr, als sie länger als ein Jahr angekündigt ist, seit einem halben Jahre verabschiedet und heute noch nicht veranlagt, geschweige denn erhoben ist. Und das bei dem „Loch im Westen" und der leider um sich greifenden Korruption in weiten Kreisen eines unterbezahlten Beamtentums. Dasselbe gilt für das Reichsnotopfer, welches der Not gehorchend, nicht dem Willen von Regierung und Volksvertretung, eine starke Vermögenssteuer für 20 Jahre auf einer einmalig erfolgenden Veranlagung per 31. Dezember 1919, die gleichzeitig die Grundlage für den Aufbau der laufenden Einkommensteuer bildet, geworden ist. In der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920011801/1